



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

GdW und BAGSO gründen „Bündnis für ein technikgestütztes und selbstbestimmtes Wohnen“

10.11.2015 Fachinformation

So lange wie möglich und bis ins hohe Alter selbstständig in den vertrauten vier Wänden leben – diesen Wunsch der großen Mehrheit der Bevölkerung will die Wohnungswirtschaft gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) noch stärker Realität werden lassen. Mit dem neuen „Bündnis für ein technikgestütztes und selbstbestimmtes Wohnen“ haben Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Vorsitzende der BAGSO, und GdW-Präsident Axel Gedaschko Anfang November den Startschuss für ein verstärktes gemeinsames Engagement gegeben. Anlässlich des Berliner Pflegekongresses überreichten sie dem Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, eine gemeinsame Erklärung.

Die Wohnung als ein Ort für gesundheitliche Versorgung und Pflege ist zu einer gesellschaftlichen Aufgabe und Chance zugleich geworden. Technikgestütztes Wohnen trägt dazu bei, den Betreuungsgrundsatz „ambulant vor stationär“ in der Praxis zu befördern und gleichzeitig dem Wunsch der Menschen besser nachzukommen, eine frühzeitige stationäre Betreuung und damit auch höhere Kosten für die Sozialkassen zu vermeiden. Benötigt werden hierfür Baukastenlösungen für unterschiedliche Bedarfs- und Einkommensgruppen sowie flankierende kostengünstige Dienstleistungskonzepte, die – etwa durch die Einbindung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Nachbarschaftsstrukturen oder kirchlichen Kontexten – auch niedrigere Einkommensgruppen einbeziehen.

Um technikunterstütztes Wohnen erfolgreich in die Realität umzusetzen, müssen insbesondere zwei Hemmnisse beseitigt werden: schwierige Finanzierungsbedingungen sowie unzureichende Kenntnisse der Menschen über Angebot und Nutzen. Generell müssen neue Finanzierungs- und Geschäftsmodelle entwickelt und erprobt werden. Im Rahmen des zweiten Pflegestärkungsgesetzes müssen die Pflegekassen stärker in eine Co-Finanzierung einbezogen werden. Zudem muss der Entwurf des sogenannten „E-Health-Gesetzes“ dahingehend verbessert werden, dass telemedizinische Leistungen stärker gefördert werden. Im aktuellen Entwurf ist dies nur halbherzig und für wenige Anwendungen vorgesehen. „Insbesondere muss das KfW-Programm ‚Altersgerecht Umbauen‘ muss noch stärker finanziell unterlegt und um Tilgungszuschüsse für Wohnungsunternehmen ergänzt werden. Außerdem könnten steuerliche Anreize dafür sorgen, dass Mieter und Wohnungseigentümer verstärkt in Umbauten zur Barrierereduzierung investieren und technische Angebote umfassender nutzen“, erklärte Gedaschko.

Mit dem im vergangenen Jahr veröffentlichten Abschlussbericht „Unterstützung Pflegebedürftiger durch technische Assistenzsysteme“ hat das Bundesgesundheitsministerium den Weg für technische Systeme als praktische Alltagsunterstützung zum Verbleib der Menschen in ihren Wohnungen bis ins hohe Alter und/oder bei Vorliegen einer Pflegestufe bereits geebnet. „Diesen Weg möchten die Wohnungsunternehmen als Vorreiter beim altersgerechten Wohnen gemeinsam mit ihren Partnern und der Politik weitergehen“, so Gedaschko.

Die gemeinsame Erklärung von GdW und BAGSO finden Sie [hier](#). Weitere Fachinformationen finden Sie auch in der Studie [„Technische Assistenzsysteme für ältere Menschen – eine Zukunftsstrategie für die Bau- und Wohnungswirtschaft“](#).

